

Kleine Anfrage mit Antwort**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abgeordneten Ursula Helmhold, Meta Janssen-Kucz, Ina Korter und Helge Limburg (GRÜNE),
eingegangen am 19.10.2012

Was unternimmt die Landesschulbehörde, um Schulen zu unterstützen, in denen es eine steigende Anzahl rechtsradikaler Jugendlicher gibt und in denen diese gezielt angeworben werden (Beispiel Herderschule - jetzt Oberschule - in Bückeberg)?

Am 4. Oktober 2012 berichtete der NDR über die Vielzahl rechtsextremistischer Vorfälle in Bückeberg und die damit zusammenhängenden Vorfälle an der dortigen Herderschule. Offenbar werden dort gezielt Jugendliche von Rechtsradikalen angeworben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann ist der Landesschulbehörde bekannt geworden, dass Jugendliche von Mitgliedern der rechten Szene aus Ostwestfalen und Hannover auf dem Schulgelände der Herderschule für die Autonomen Nationalisten angeworben wurden?
2. Was hat die Landesschulbehörde, nachdem ihr dies bekannt wurde, veranlasst, um die Schule gegen die Anwerbeversuche der Autonomen Nationalisten und anderen rechtsextremistischen Gruppen zu unterstützen?
3. Wie groß ist nach Erkenntnissen der Landesregierung die Gruppe der rechtsradikalen Schülerinnen und Schüler an der Herderschule?
5. Wurden zwischenzeitlich Vorkehrungen getroffen worden, um die „externen Betreuer“ der Schülerinnen und Schüler vom Schulgelände fernzuhalten? Wenn ja: Seit wann und mit welchen Mitteln? Wenn nein: Warum nicht?
6. Welche Angebote zur pädagogischen Bewältigung rechtsradikaler Erscheinungsformen an Schulen bietet die Landesschulbehörde zur Unterstützung betroffener Schulen an?
7. Wie viele der betroffenen Schülerinnen und Schüler wurden vor dem Kontakt mit Rechtsradikalismus von anderen Schulformen „abgeschult“?
8. Trifft es zu, dass eine von der Herderschule im November 2011 geplante Informationsveranstaltung zum Thema „Rechtsradikalismus“ kurzfristig auf Intervention des Verfassungsschutzes abgesagt wurde, weil nach Einschätzung des Verfassungsschutzes der Schutz der Veranstaltung nicht habe sichergestellt werden können?
9. Welche Faktoren führten zu dieser Einschätzung, und was wurde unternommen, um zeitnah die geplante und dann abgesagte Informationsveranstaltung durchzuführen?
10. Gab es eine Veranstaltung zum Thema „Rechtsradikalismus“, die vom Verfassungsschutz durchgeführt wurde?
11. Fand eine Zusammenarbeit zur Vorbereitung der Veranstaltung mit der Herderschule statt? Wenn ja: In welcher Form? Wenn nein: warum nicht?

(An die Staatskanzlei übersandt am 07.11.2012 - II/72 - 1537)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Kultusministerium
- 01-01 420/5-1537 -

Hannover, den 11.12.2012

Die Niedersächsische Landesregierung geht konsequent gegen jede Form von Extremismus vor. Niedersachsen duldet an seinen Schulen weder die Verbreitung rechtsextremistischer Ideologien noch das Anwerben von Schülerinnen und Schülern durch rechtsextremistische Gruppierungen. Die Schulen, die Niedersächsische Landesschulbehörde und die Sicherheitsbehörden des Landes stehen dabei im Austausch und ergreifen sowohl die erforderlichen pädagogischen als auch die rechtlich möglichen Maßnahmen, um ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus und andere extremistische Phänomene auch an den Schulen zu setzen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu 1:

Der Niedersächsischen Landesschulbehörde ist nicht bekannt geworden, dass sich schulfremde Mitglieder der rechtsextremistischen Szene auf dem Schulgelände aufgehalten haben, um Jugendliche anzuwerben. Mitglieder der rechtsextremistischen Szene sind nach Auskunft der Schulleiterin der ehemaligen Herderschule weder auf dem Schulgelände bei Anwerbungsversuchen beobachtet worden, noch hat die Schulleiterin entsprechende Informationen von Eltern oder Schülern erhalten. Im Bereich des nicht zum Schulgelände gehörenden Busbahnhofs wurde von der Schule und der Polizei beobachtet, dass sich dort vereinzelt Jugendliche der rechts- und linksextremistischen Szene aufhalten; es kam aber aufgrund verstärkter Polizeipräsenz und der Aufsichtsführung der Schule zu keinen sichtbaren Auseinandersetzungen.

Zu 2:

Im März 2012 hat auf Veranlassung der Niedersächsischen Landesschulbehörde ein „Runder Tisch“ in der Schule u. a. mit Vertreterinnen und Vertretern der Niedersächsischen Landesschulbehörde, der Schule, einem Schülervertreter und der Polizei stattgefunden. Thematisiert wurde hier insbesondere, dass sich Schüler in einigen Fällen - besonders in den Klassen 9 und 10 - aufgrund politischer Beeinflussungsversuche durch Jugendliche der rechtsextremistischen Szene bedroht fühlten. Anwerbungsversuche auf dem Schulhof wurden nicht erörtert, weil dieses Thema im Rahmen des „Runden Tisches“ von keiner Seite angesprochen wurde. Im Rahmen des „Runden Tisches“ wurden vielfältige Unterstützungsmaßnahmen und -angebote festgelegt, wie z. B. die Möglichkeit der Beratung betroffener Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte durch die schulpsychologischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Landesschulbehörde, ein gesteigerter Informations- und Erfahrungsaustausch mit anderen Schulen, die verstärkte Einbindung der Initiative „für Demokratie Courage zeigen“ sowie die weitere Präsenz der Polizei in der Nähe der Schule. Des Weiteren findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen der Schule und dem zuständigen schulfachlichen Dezernenten der Niedersächsischen Landesschulbehörde statt.

Zu 3:

Der Gruppierung „Nationale Sozialisten Bückeberg“ werden derzeit 15 bis 20 Personen aus Bückeberg und den angrenzenden Kommunen im Landkreis Schaumburg zugerechnet. Hierzu kommt ein quantitativ nicht bemessenes Potenzial an Mitläufern und Jugendlichen, die anlassbezogen gemeinsam mit Angehörigen der „Nationalen Sozialisten Bückeberg“ in Erscheinung treten.

Eine Angabe zur Anzahl rechtsextremistischer Jugendlicher im Sinne der Fragestellung ist nicht möglich. Nach Einschätzung der Schule handelt es sich um 15 bis 20 Schülerinnen und Schüler.

Zu 5:

Bereits seit Anfang des Jahres besteht nach verschiedenen Vorfällen an der damaligen Herderschule ein enger Kontakt zwischen der Polizei und der Schulleitung. Daraus entstand die Vereinbarung, dass Polizeibeamte regelmäßig bzw. situationsbedingt auf dem Schulgelände und im Nahbereich anwesend sind. Auch nach der Berichterstattung des NDR vom 04.10.2012 wurden diese Maßnahmen unverändert fortgeführt. Selbst nach Umbenennung und Umstrukturierung der Schule zu Beginn des laufenden Schuljahres gab es Gespräche zwischen der Polizei und der neuen Schulleitung mit dem Ziel, bereits vereinbarte Konzepte und Präventionsmaßnahmen unverändert fortzusetzen, was auf breite Zustimmung stieß.

„Externe Betreuer“, die Schüler nach dem Unterrichtschluss aus der Schule abholen wollten, sind vom Schulgelände der Oberschule verwiesen worden, so wie auch in der früheren Herderschule grundsätzlich fremde Personen vom Schulgelände verwiesen wurden, die sich nicht angemeldet hatten.

Die Aufsicht zum Unterrichtschluss wird verstärkt wahrgenommen. Die Polizei beobachtete wiederholt das Geschehen am Ausgang der Schule zum Unterrichtsende nach der 6. Stunde.

Zu 6:

Da es bekannt ist, dass sich in der rechtsextremistischen Szene zunehmend mehr argumentativ gut geschulte Personen engagieren, die durch eine provokative Argumentationsweise bei den Jugendlichen schnell Ansehen gewinnen können, vermittelt die Regionalbeauftragte für Prävention und Gesundheitsförderung der Niedersächsischen Landesschulbehörde bei Bedarf Angebote für Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte, mit denen sich die Lehrkräfte besser auf den Umgang mit diesen Problemen einstellen können. Diese Fortbildungen, die z. B. von der Landeskoordinierungsstelle des Landespräventionsrats, der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig und vom Verfassungsschutz angeboten werden, wurden auch in der Oberschule Bückeberg bei dem „Runden Tisch“ von der Regionalbeauftragten für Prävention und Gesundheitsförderung vorgestellt. Des Weiteren stehen die schulpsychologischen und schulfachlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Landesschulbehörde jederzeit für die Beratung betroffener Schüler, Eltern und Lehrkräfte zur Verfügung.

Zu 7:

Etwa die Hälfte der Personen, die in der Oberschule Bückeberg auffällig geworden sind, stammen vom Gymnasium Adolfinum Bückeberg; formale Abschlüsse sind im Gymnasium jedoch nicht erfolgt.

Zu 8 und 9:

Die ehemalige Herderschule hatte nur Kontakte zum polizeilichen Staatsschutz, zu keinem Zeitpunkt jedoch zum Verfassungsschutz. Insofern wurde die Veranstaltung „Rechte Strukturen in der Region - Wie können wir ihnen praktisch begegnen“ auch nicht auf Intervention des Verfassungsschutzes abgesagt. Im Vorfeld hatte die Schulleitung den Charakter der Veranstaltung geändert. Die ursprünglich als öffentliche Veranstaltung geplante Informationsveranstaltung wurde am 08.11.2011 als eine nichtöffentliche nur für Lehrpersonal durchgeführt. Diese Entscheidung der Schulleitung wurde vor dem Hintergrund einer angekündigten Präsenz von Personen aus der rechtsextremistischen und der sogenannten Antifa-Szene und daraus resultierender möglicher Konflikte getroffen. Ein polizeilicher Einsatz zur Gewährleistung eines störungsfreien Verlaufs auch dieser Veranstaltung war bereits geplant.

Zu 10 und 11:

Eine Veranstaltung in der Herderschule in Bückeberg wurde vom Niedersächsischen Verfassungsschutz bisher nicht durchgeführt. Allerdings gab es im November 2011 einen Vortrag des Leiters des Fachkommissariats 4, Polizeilicher Staatsschutz der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg, zu dem Thema: „Linke und rechte Strukturen in der Region“.

Unabhängig davon bestehen seit einigen Jahren eine enge Kooperation und ein regelmäßiger Informationsaustausch mit Schulen und Präventionseinrichtungen im Landkreis Schaumburg. So hat

am 17.01.2012 eine vom Stadtrat veranstaltete Informationsveranstaltung im Rathaus Bückeberg stattgefunden, bei dem Vertreter des Niedersächsischen Verfassungsschutzes und des Landespräventionsrates Niedersachsen gemeinsam über die aktuellen Erscheinungsformen des politischen Extremismus in der Region informiert haben.

Eine schulinterne Lehrerfortbildung (SchILF-Veranstaltung) für Lehrkräfte zum Thema „Aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus“, bei der vom Niedersächsischen Verfassungsschutz insbesondere über die Entwicklungen im Bereich Schaumburg informiert wurde, fand am 25.04.2012 in der BBS Stadthagen statt. Zudem hat sich der Niedersächsische Verfassungsschutz mit der Gestaltung von Workshops an einem vom Landkreis Schaumburg organisierten Jugendkongress am 09.07.2012 in Obernkirchen und an der von der Ev. Landeskirche Schaumburg-Lippe durchgeführten „Schülerakademie Schaumburg“ am 26.09.2012 beteiligt.

In Vertretung

Dr. Stefan Porwol